

FRANK ECKARDT

Ein Ja für Gera

Bürger definieren ihre Stadt neu

Niemandt magk brauen noch schenken, er sey dan ein burger oder burgerin und habe ein eigen haus«, so heißt es im Geraer Stadtrecht von 1487, Artikel 53. Die Dinge waren also klar geregelt: Bürger ist, wer ein Haus besitzt und dann darf er auch brauen und natürlich vieles mehr. Diese Ordnung hat sich über Jahrhunderte gehalten und wurde erst mit dem 20. Jahrhundert geändert. Geblieben aus dieser Zeit sind jene Höhlen, in denen unter den Häusern der Stadt gebraut wurde. Eine wahre Untergrundlandschaft, die sich erst nach 1989 in Gänze wieder offenbarte, als es plötzlich wieder um privates Grundeigentum ging. Mancher Käufer wollte dann doch einmal in die vermauerten Hohlräume unter den Kellern schauen. Dort fanden sie dann ein teilweise miteinander verbundenes Kellernetz, dessen Bedeutung vermutlich im Brauen und Lagern gelegen hat.

Seit 2003 sind große Teile dieser Unterwelt nicht nur für die Hauseigentümer betretbar, sondern sie werden von einer Bürgerinitiative für die Ausrichtung der »Höhler Biennale« genutzt, mit der Installationskunst in den ehemaligen Brauhöhlen – die man hier »Höhler« nennt – gezeigt wird. Dies ist für eine Stadt, die ihre wesentlichen Merkmale der Industrialisierung verdankt und die sich von ihrem Selbstverständnis nach wie vor eher als eine Arbeiterstadt sieht, außergewöhnlich.

Im 19. Jahrhundert verwandelte sich die ostthüringische Mittelstadt in ein lebhaftes Industriezentrum. Im Jahr 1868 galt Gera mit seinen 654 Webstühlen als das deutsche Textilzentrum. Bürgertum entstand, Landbevölkerung verdingte sich als Arbeiterschaft. Es folgte eine Geschichte der klassischen Industrialisierung und der damit verbundenen Zerteilung der Stadt zwischen einem relativ kleinen Bürgertum, dessen Häuser teilweise noch heute ein Ensemble abgeben, und einer breiten, weitgehend mittellosen Schicht von Arbeitern. Der Sozialismus machte aus Gera eine Stadt, in der Hochhausbauten am Stadtrand das Gemeinschaftsgefühl der Arbeiter aufgriffen, während die Innenstadt wenig Aufmerksamkeit erhielt.

Die Eingliederung in den freien Weltmarkt traf Gera besonders hart. Da die Industrie, vor



allem der Uranbergbau, nicht mehr haltbar war, brachen nicht nur massiv Arbeitsplätze weg, die Stadt erlebt seit 1989 eine umfassende Identitätskrise. Hinter scheinbar einfachsten Problemstellungen lauert immer die Frage: wozu eigentlich Gera? In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Stadt an allen vorhandenen Diskursangeboten abgearbeitet, die so von neoliberal bis stockkonservativ feilgeboten werden. Mal sollte der rettende Investor gefunden werden, dann lag es wieder an jedem Einzelnen, etwas aus der Stadt und seinem Leben zu machen. Nichts davon hat die Talfahrt von Arbeitsplätzen und Einwohnerschwund aufhalten können. Eine Kehrtwende kam erst mit der Bundesgartenschau (BUGA), mit der vor allem den Bodenbelastungen durch den Uranabbau und dem damit verbundenen schlechtem Image der Stadt begegnet werden sollte. An Bürgerbeteiligung war nicht gedacht, doch Bürgerbeteiligungen haben sich letztlich erfolgreich einbringen können und sind heute der Garant dafür, dass der BUGA-Effekt kein Zufallserfolg bleibt und die Stadt sich als eine lokale Gesellschaft weiterentwickelt.

Dass sich Gera wieder als eine Stadt der Bürger zu verstehen hätte, ist jedoch nach wie vor eine schwierige Lektion für das politische System vor Ort. Hier ist die »Die Linke« stärkste Fraktion im Rathaus, während seit 2006 Oberbürgermeister Dr. Norbert Vornehm (SPD) die Geschicke der Stadt lenkt. Das »rote Gera« knüpft an eine arbeiterrständige Sicht auf die Stadt an, in der es die bürgerlichen Beiträge der Industriezeit weder ersetzen noch in besonderer Weise pflegen will. Die Erkenntnis aber, dass sich die Stadt nicht durch Ratsbeschlüsse oder Stadtplanungsvorgaben neu erfinden kann, hat sich in den letzten Jahren immer mehr durchgesetzt, auch wenn sich die

Mehrheit vielleicht immer noch mit einem Verständnis als »Bürgerstadt« schwertut.

Zu dem langsamen Aufkeimen einer Geraer Neudefinition haben sicherlich die sich entwickelnden Initiativen meist einzelner engagierter Persönlichkeiten beigetragen, die mit Einzelanliegen jenseits des »Politischen« in Aktion traten. Dazu gehörten sicherlich zunächst die BUGA-Freunde, dann aber vor allem auch die Initiatoren der Geraer Höhler-Biennale, die mit ihren Kunst-Aktionen sehr gut ins Marketing der Stadt als »Otto-Dix-Stadt« passt. Kunst und Kultur sind nun als Aushängeschild insbesondere für den Tourismus interessant und bieten einen Anknüpfungspunkt für Namensgebungen und das Entwickeln von Ereignissen wie dem Dix-Jahr 2011.

Mit dem Maler Otto Dix (1891–1969) hat Gera einen Vertreter der modernen Malerei des 20. Jahrhunderts zum Namensgeber für die Stadt gemacht, der allerdings jene Sicht auf den Bürger vertritt, der die Kritik am bürgerlichen Bürgertum manifestiert. Für bürgerliche Tugenden steht dieser Bürger gerade nicht. Doch mag er einer eher antibürgerlichen Sichtweise wiederum besser in den Kram passen, als etwa die industriellen Pioniere der Stadt auf den Sockel zu heben. Anschluss an den bürgerlichen Wertehimmel der Tugenden findet dieses Vorhaben nur, indem es Dix als »berühmt« und »genial« bezeichnet. Hohl wirkt das Ganze freilich, weil dies Etikettierungen sind, die weder Gera noch die damalige Zeit dem Maler attestiert hatten, als er gerade als sehr vorbildlich galt. Zumal Otto Dix zwar in Gera geboren wurde, aber die meiste Zeit seines Lebens woanders lebte, seine Bilder überall und nirgends, aber nicht in Gera zu sehen waren und sind. Mit dem Dix-Jahr sollen zumindest durch Leihgaben aus internationalen Museen die Bürger sich eine Meinung zum Namensgeber ihrer Stadt machen können.

Mag die Benennung einer Stadt nach einer einzelnen Person schon generell ein problematisches Unterfangen sein, wäre doch zumindest zu erwarten gewesen, dass die Geraer Politiker dies erst nach einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem Werk von Otto Dix und der breiten Bevölkerung hätten tun können. Noch ist man in den Rathausstuben von der Angst getrieben, man müsse schnell eine neue Identität definieren, Marketing-Aktionen und Investoren- und Touristikanliegen betreiben. Den Neuaufbau einer stadtbürgerlichen Gesellschaft, nachdem die Orientierungspunkte der Arbeitswelt geschwunden sind, stellt man sich hier als eine Adaption der Bewohner der Stadt vor, anstatt ihn als einen Ak-

tivierungsprozess der Bürger zu verstehen. Für Letzteres fehlt es anscheinend historisch an wirklichen Vorbildern und heute an einem Bürgerbegriff, der eben nicht nur an Grund und Boden oder den Tugenden der Reichen und Erfolgreichen gebunden ist.

Dabei könnte sich Gera inzwischen durchaus seiner vielen bürgerschaftlichen Initiativen rühmen und kollektive Lernprozesse angehen, die peu à peu das Angesicht und das Selbstverständnis der Stadt verändern können. Neben der Höhler-Initiative ist vor allem auch der Verein »Ja für Gera« zu nennen. Dieser hat sich vor neun Jahren aus einer Gruppe von lokalen Unternehmern gebildet, die überparteilich und unabhängig von der sozialen Stellung der negativen Sichtweise vor Ort auf die eigene Stadt etwas Positives entgegenstellen wollte. Von Anfang an war den Beteiligten klar, dass sie dies nur erreichen können, wenn es ihnen gelingt, Ideen mit Aktionen zu verbinden. Unzweifelhaft war aber auch, dass es an beidem in Gera mangelt. Der Ideenmangel wurde durch ein gezieltes Suchen von Kooperationen mit Universitäten in ganz Deutschland angegangen. Wichtiger aber noch ist, dass man die Erfahrungen, die Mitglieder des Vereins andernorts gemacht haben, in Gera umzusetzen versuchte. Seit 2003 gehört dazu vor allem das Wiederbeleben des Marktplatzes vor dem Rathaus, sicherlich der schmuckste, aber lange auch am stärksten verödete öffentliche Raum Geras. Seitdem sind durch Vereine, Verbände und andere über 100 Markt- und Unterhaltungsaktionen durchgeführt worden. Im gleichen Jahr begann man mit dem öffentlichen und gemeinsamen Frühjahrsputz, bei der circa zweihundert Leute Teile der Fußgängerzone in der Innenstadt säubern. Sowieso gilt dieser Initiative der Innenstadtbereich als der wichtigste Raum, um die Stadt wieder zu einem Ort zu machen, an dem sich die Menschen wohlfühlen, wieder attraktiv wohnen können und womit sich so etwas wie urbanes Leben einrichten lässt. Davon ist nach wie vor in Gera nicht viel zu sehen, wenn man nicht durch die wenigen Straßen schlendert, die sich als eine Innenstadt begreifen lassen. Deswegen hat der Verein auch mit dem Konzept der »Gerschen Meile« zunächst einmal eine Bestandsaufnahme vorgenommen, welche Akteure überhaupt noch vorhanden sind. Das Konzept soll deren Sichtbarkeit zunächst einmal erhöhen und dann auch die Wege und Orientierungsweisen schaffen, damit der Zerfaserung Einhalt geboten werden kann.

Man fängt klein an, aber es sind jene teilweise eher symbolischen Aktionen, mit denen das »Ja für Gera« sich zu Recht einen guten



Fotos: »Ja für Gera«

Namen in der Stadt gemacht hat und mit denen Vorbehalte in der Politik und der Stadtverwaltung aufgeweicht werden konnten. Mit Aktionen wie »Klein Montmartre«, bei der seit sechs Jahren im Sommer auf der schönen Steintrappe einer Kirche – ähnlich wie man es als Tourist in Paris gesehen hat – Maler mit ihrer Staffelei Porträtzeichnungen anbieten und viele andere Kunstaktionen organisiert werden, bringt die Initiative schon ein gewisses Flair in die ansonsten eher provinzielle Stadt, welches auch viele Skeptiker zu schätzen gelernt haben. Gleiches gilt für die »Piazza Palme«, bei der für wenige Wochen große Palmbäume aufgestellt werden und ein bisschen südländische Atmosphäre angestrebt wird. Zusammen mit den Thüringer Musikschulen werden diese Arrangements genutzt, um zum Beispiel Tango-Veranstaltungen öffentlich aufzuführen.

Damit es nicht bei Einmal-Aktionen bleibt, bemüht sich »Ja für Gera« insbesondere um die Aufwertung des Steinweges, der zwar zentral gelegen ist, aber nicht an die Fußgängerzone angebunden erscheint. Mit der Einrichtung des Bürgertreffs sollen Anreize für Bewohner der Innenstadt geschaffen werden, damit sich mehr Menschen in den Steinweg verirren und somit langsam die noch zu erkundenden Potenziale der Innenstadt mehr Aufmerksamkeit erfahren. Im Bürgertreff kann man sich nicht nur über Aktionen des Vereins informieren und die Vereinsmitglieder treffen. Er stellt vielmehr einen offen Anlaufpunkt dar, bei dem man bei einer Tasse Kaffee immer auch Leute findet, um Billard oder Schach zu spielen. Angebote für das kreative Schaffen wie Basteln oder Malen werden unterstützt.

In der ehemaligen Arbeiterstadt leben, nicht zuletzt wegen einer Landespolitik, die keine

relevanten Institutionen des Freistaats Thüringen hier angesiedelt hat – Böses denkt, wer dies als eine strukturelle Vernachlässigung durch zwanzig Jahre CDU-Regierung sieht –, keine klassischen Abnehmer von Kulturangeboten und Produzenten. »Ja für Gera« hat diese Schwäche erkannt, aber will davor nicht kapitulieren. Wenn es keine oder nur wenige Künstler in Gera gibt, dann erhebt man die eigene Kreativität in den Status der Kunst. Die im Jahr 2008 eingerichtete Bürgergalerie ist Ausdruck dieses Ansatzes. Auch hier ist wiederum die Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen und allen Bürgern, die sich kreativ äußern möchten, das wichtigste Motiv. Insbesondere der »Spatzentreff«, mit dem für die Kleinsten regelmäßig ein Pantoffelkino angeboten wird, findet dabei viel Nachfrage. Aufrecht gehalten wird die Galerie aber auch durch eine Nutzung für weitere Gruppierungen der Zivilgesellschaft wie der lokale Weiße Ring und das Geraer UNICEF-Bündnis.

Die »Stadthausmeister« wiederum, die es seit 2004 gibt, ermöglichen eine Verknüpfung vieler Interessen: Geleitet von »Ja für Gera«, ausgestattet mit einem vom lokalen Mercedes-Autohaus gespendeten Reinigungsfahrzeug, wird der Unterhalt der Innenstadt wieder verbessert, für den die klamme Kämmerei kein Geld mehr hat, und zugleich wird Langzeitarbeitslosen wieder eine sinnvolle Tätigkeit ermöglicht. Bislang sind nur wenige Projekte wie dieses in der Weise erfolgreich, wie sie wohl viele Politiker bräuchten, um aus der Strategie des Vereins eine langfristige Perspektive für Gera zu formulieren. Wichtiger bleibt ein neues Verständnis vom Bürger und seinem Verhältnis zur Politik, wofür man aber einen langen Atem brauchen wird. ◀